

# wahlen

tachles

# Für Vielfalt und Toleranz, gegen Diskriminierung

Kooperation über  
Generationen hinweg.  
Wir ziehen gemeinsam  
am gleichen Strick in  
die gleiche Richtung.



**Doris  
Fiala**

Präsidentin  
FDP Frauen Schweiz

**Andri  
Silberschmidt**

Präsident  
Jungfreisinnige Schweiz

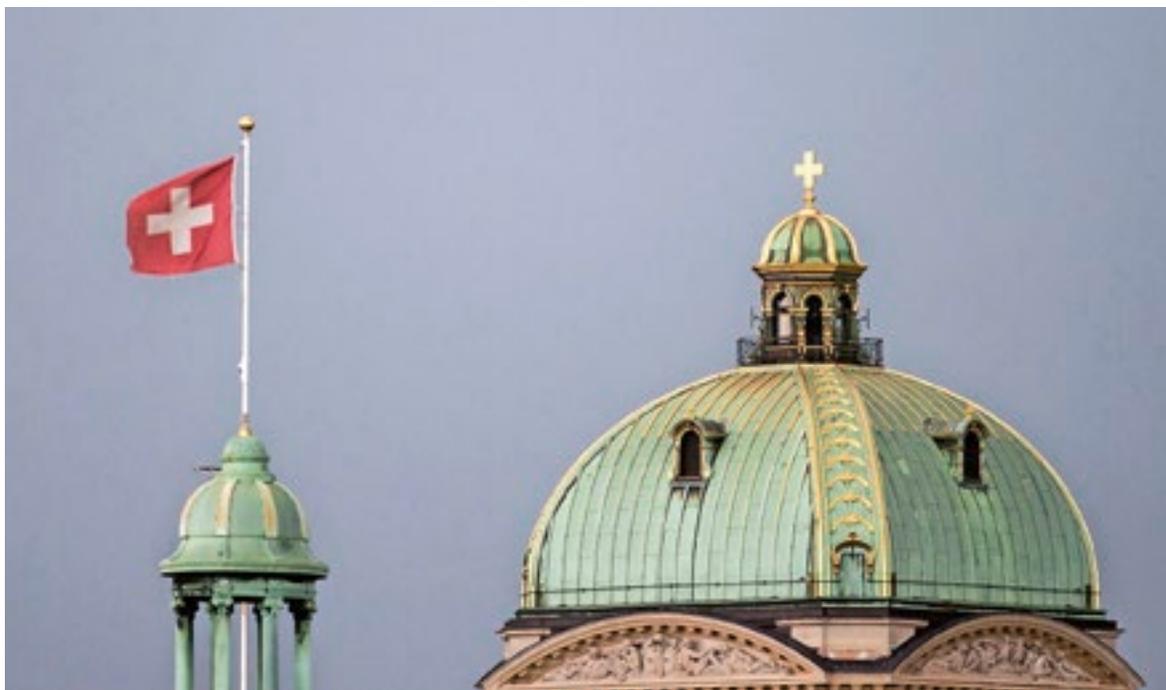
**In den Nationalrat  
2x auf Liste 3**

[www.fiala.ch](http://www.fiala.ch)  
[www.andrisilberschmidt.ch](http://www.andrisilberschmidt.ch)

«Weil sie gegen Diskriminierung kämpfen und unsere jüdischen Anliegen seit Jahren aktiv unterstützen wählen wir Doris Fiala und Andri Silberschmidt am 20. Oktober in den Nationalrat.»

*Erich Bloch, TelAviv, Auslandschweizerorganisation ASO • René Braginsky, Unternehmer • Madeleine und Jon de Beer Prof. Dr. med. Michael und Viviane Fried • Daniel Gutenberg, Entrepreneur • Shella Kertész, Präsidentin ICZ Dr. Jonathan Kreutner, Generalsekretär SIG Jacques Lande, Vorstand QV Wollishofen • Zev Marilus Sonja Rueff-Frenkel, Kantonsrätin FDP • David Vogt, Architekt ETH/SIA • Isabelle Vogt, Rechtsanwältin Dr. Herbert Winter, Präsident SIG*

# Die Kandidaturen in Zahlen



Zwei von fünf Kandidaturen für die Schweizer Stände- und Nationalratswahlen sind Frauen. Ihr Anteil wuchs gegenüber den vergangenen Wahlen 2015 von 34,5 auf 40 Prozent, wie die Bundeskanzlei feststellt. Die Behörde präsentiert in Bern die offiziellen Zahlen zu den Kandidaturen. Erstmals seit Mitte der 1990er Jahren sprang der Frauenanteil somit wieder deutlich nach oben. Mehr Kandidaturen als 2015 gibt es jedoch in sämtlichen Kantonen ausser Genf. Der Anstieg der Kandidaturen auf über 4650

entspricht einer prozentualen Zunahme von 22,7 Prozent. Vor vier Jahren hatten sich 3792 Menschen zur Wahl gestellt; vor vierzig Jahren waren es erst 1845 gewesen. Auch bei den eingereichten Listen vermeldet die Bundeskanzlei einen Rekord: 511 Listen mit Kandidaten stellen sich in den Proporzkantonen (vgl. Meldung unten) zur Wahl. Zum Vergleich: 1979 waren es 160 Listen gewesen. Ein Grund für die Listen- und damit auch Kandidatenflut dürfte eine Gesetzesänderung sein: Gewisse Parteien sind

von der Unterschriftensammlung zur Genehmigung zusätzlicher Wahllisten befreit. Die rund 5,4 Millionen Wahlberechtigten erhalten ab der kommenden Woche von ihren Kantonen die Wahlunterlagen zugeschickt, wie die Bundeskanzlei weiter mitteilte. Darin enthalten ist auch eine Anleitung, in der Begriffe wie Kumulieren und Panaschieren erklärt werden und aufgezeigt wird, wie ein gültiger Wahlzettel ausgefüllt wird. Erstmals werde auch in sogenannt Leichter Sprache informiert. TA/SDA

## WAHLSYSTEM

### 100 Jahre Proporz

Es ist heute kaum mehr vorstellbar, dass nicht nach einem Verteilungssystem gewählt wird. Das Wort Proporz ist klingt zwar eigenartig, doch bedeutet es mehr Fairness. Bis 1919 galt das Majorzsystem, bei dem der Wahlsieg jener Partei zufiel, die am meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Es brauchte allerdings nicht weniger als drei Volksabstimmungen, bis der Proporz eingeführt wurde. Dieses System ermöglicht eine bessere Vertretung der Parteien und der Minderheiten im Parlament. Ende des 19. Jahrhunderts, so erklärt es

die Eidgenossenschaft, wurden Berechnungsmethoden entwickelt, mit denen man nachweisen konnte, wie das Wahlsystem die Sitzverteilung beeinflusst. Der Obwaldner Politiker Josef Durrer stellte in den 1880er-Jahren die Zahlen für insgesamt vier Wahlen zusammen (1881–1890) und zeigte auf, wie stark das bestehende Majorzsystem die Minderheiten benachteiligte. Nach der Bekanntgabe dieser Berechnungen und der erneuten Enttäuschung der Minderheitsparteien bei den Wahlen 1890 kam es zu ersten direkten Angriffen gegen das Majorzsystem, ein ähnlich hässliches Wort und ein wenig faires Wahlsystem. Am 4. November 1900, so heisst es auf einer Website des Bundes, lehnten Volk und Stände eine erste Proporz-

Initiative ab. Auch die zweite Initiative, über die am 23. Oktober 1910 abgestimmt wurde, hatte keine Chance – obwohl das Ständemehr erreicht wurde. Am 13. Oktober 1918 dann stimmten Volk und Stände der dritten Initiative über die Proporzwahl des Nationalrates mit 66,8 Prozent Ja-Stimmen deutlich zu. Die ersten Proporzwahlen auf nationaler Ebene fanden 1919 statt und führten, entgegen verschiedenen vorangegangenen Berechnungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer massiven Veränderung der Kräfteverhältnisse im Nationalrat. Die Radikal-Liberalen (heute FDP) verloren nahezu die Hälfte ihrer Sitze. Zu den Gewinnern gehörten die Sozialdemokraten (SP) und die Bauernpartei (heute SVP). GB

## In Kürze

**Wahlinformation.** Die Wahlen stehen vor der Tür. Deshalb lädt die «Swiss Union of Jewish Students (SUJS)» zur Informationsveranstaltung «Let's Talk About It» mit Vertretern der Jungparteien der Schweiz ein. Einer der Gäste ist Luzian Franzini, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz und Vizepräsident Grüne Schweiz. Er kandidiert im Kanton Zug für den Nationalrat. Ebenfalls Nationalratskandidat ist der 27-jährige Sandro Lienhardt, Präsident Jungfreisinnige Kanton Zürich. Bereits im Nationalrat sitzt der 29-jährige Zürcher Fabian Molina. Diesen Herbst tritt er zur Wiederwahl an. Für die Junge SVP ist Benjamin Fischer an der Veranstaltung zu Gast. Der Präsident Junge SVP Schweiz sitzt im Zürcher Kantonsrat und kandidiert für den Nationalrat. Anmeldung bis zum 24. September unter: [www.swissujs.com/wahlen19-lets-talk-about-it](http://www.swissujs.com/wahlen19-lets-talk-about-it). TA  
Donnerstag, 26. September, 20 Uhr. ICZ, Lavaterstrasse 33, Zürich.

## Impressum

### tachles

Dies ist eine Beilage der JM Jüdischen Medien AG

**Verlag und Redaktion**  
JM Jüdische Medien AG  
Postfach 1852  
8027 Zürich

Tel.: +41 44 206 42 22  
Fax: +41 44 206 42 20

redaktion@tachles.ch  
[www.tachles.ch](http://www.tachles.ch)

Die Parlamentswahlen stehen vor der Tür, Experten sind der Meinung, dass viel weniger Wahlkampf als früher betrieben wird, *tachles* fragt warum

# Wo bleibt der Wahlkampf?

GISELA BLAU

«Wahlkampf ist die Fortsetzung eines Bürgerkriegs mit anderen Mitteln.» Dieses treffende Zitat wird dem britischen Staatsmann Benjamin Disraeli zugeschrieben, der vor 215 Jahren zur Welt kam. Wie aktuell ist es heute noch, insbesondere bei uns? Die Schweiz wird zum Glück weder von Kriegen noch von Bürgerkriegen heimgesucht. Doch der Wahlkampf 2019 hat ein Problem – er ist nirgends zu finden. Er fehlt geradezu. Ob sich im Oktober noch die Stimmung vor den Wahlen aufheizt, bleibt abzuwarten. Am meisten fehle ihm, sagt Georg Lutz, Forscher am Schweizer Kompetenzzentrum Sozialwissenschaften in Lausanne, «das Drum und Dran von nationalen Wahlen». In anderen Jahren hätten Kandidierende hier ein Gratis-Gipfeli, dort einen Kaffee, einen Kugelschreiber oder ein Heftpflaster verteilt. Das Duschgel von Doris Leuthard hat wohl niemand vergessen. Wahlen als Volksfest

«Unterschiede von 0,1 bis 2 Prozentpunkten im Wähleranteil werden bei uns bereits als Erdrutsch bezeichnet.»

mit Attraktionen, ausgedacht von Werbeagenturen, Parteisekretariaten oder am Küchentisch. Dies wird allmählich sehr teuer und zielt manchmal am Ziel vorbei – ins Lächerliche. Es hat Fälle gegeben, wo es hiess, der Kandidat (immer ein Mann) habe eine Million für einen Sitz im Nationalrat investiert. Und einer, der es mit dem Wahlkampf nicht so ernst meinte,

sagte gar, für seine Firmenpropaganda hätte er viel mehr ausgeben müssen.

Die Parteien haben zögerlich ein wenig enthüllt, wie hoch ihre Budgets sind, mit Ausnahme der Partei mit dem höchsten Budget. Das viele Geld, das eine Wahlzeitung mit zwei Bänden, in jeden Briefkasten der Schweiz verteilt, hätte vielen Wohltätigkeitsorganisatio-

**Georg Lutz, Forscher  
am Schweizer  
Kompetenzzentrum  
Sozialwissenschaften in  
Lausanne.**





**Thomas Milic ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Methoden des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich sowie Projektmitarbeiter am Zentrum für Demokratie Aarau.**

nen viel mehr gebracht. Im Allgemeinen sind die Drucksachen vor den nationalen Wahlen so langweilig, dass sie gerne ungelesen im Altpapier landen.

#### **Stabil und grün**

2019 wird ein grosser Wechsel im Ständerat erfolgen. Im Nationalrat bleiben erstaunlich viele Abgeordnete sitzen. Das habe nichts zu bedeuten, sagt der Politikwissenschaftler Lutz. Das wechsele von Wahl zu Wahl und ändere nicht viel. «Unsere Wahlen sind sehr stabil», sagt er. «Die Wahlen 2015 waren die stabilsten seit 1967.» Das dürfte auch im Oktober so herauskommen. «Es wird bei den Wahlen 2019 voraussichtlich keine allzu grossen Verschiebungen innerhalb der Bundesratsparteien in den Wähleranteilen geben», prognostiziert auch der Politikwissenschaftler Thomas Milic vom Zentrum für Demokratie an der Universität Zürich. Politische Stabilität gehöre zu den Schweizer Standortvorteilen. Lutz dazu: «Unterschiede von 0,1 bis 2 Prozentpunkten im Wähleranteil werden bei uns bereits als Erdrutsch bezeichnet.» In der Schweiz bleibt das meiste gemächlicher und schlägt sich nicht unbedingt in grossen politischen Bewegungen nieder. «Der Rechtsrutsch von 2015 war eigentlich keiner», resümiert Georg Lutz. «Die SVP und die FDP gewannen zusammen mit kleineren Rechtsparteien zwar eine Mehrheit, aber das zeigte sich in vielen Abstimmungen im Parlament nicht wirklich.» Und dieses Jahr? «2019 wird es kaum den viel zitierten Linksrutsch geben, auch wenn die grünen Parteien zulegen. Die SP bleibt konstant.» Etwas meinen die Politikwissenschaftler jedoch voraussuzusehen: Grün bleibt aktuell. Thomas Milic: «Der Höhenflug der Grünen und der Grünliberalen wird bestehen bleiben.»

#### **Kein Paradigmenwechsel in Sicht**

Neueste Umfragen sagen überdies voraus, dass die Grünen sogar die CVP überflügeln

könnten. Milic präzisiert: «Umfragen allein sind nicht massgebend für die Abbildung der Situation. Man muss das Gesamtbild betrachten, um zu einer Prognose zu gelangen. 2015 waren die Umfragen recht genau.» Auch wenn sie diesmal korrekt sind: Der Bundesratssitz von Viola Amherd ist sicher nicht gefährdet. Es dürfte noch lange dauern und viele Debatten erfordern, Überzeugungsleistungen im Hintergrund und Beeinflussung der Öffentlichkeit, bis es einen Bundesrat Glättli oder eine Bundesrätin Rytz gibt, so die Experten.

«Auch bei uns ist spürbar, dass die grossen Volksparteien ein wenig an Bedeutung verloren haben», stellt Thomas Milic fest. Und Georg Lutz macht eine weitere Beobachtung: «Die Gründerväter hätten sich kaum träumen lassen, dass FDP und CVP einst als Mitte-Parteien bezeichnet würden.»

#### **Klimawandel als Topthema**

Vor vier Jahren befeuerte in der Schweiz die in Deutschland präsente Flüchtlingskrise hitzige Debatten um das Thema Migration. Dieses Jahr weilt es im Hintergrund und wird nicht mehr vordringlich bewirtschaftet, ausser von der SVP und einigen anderen kleineren oder grösseren Rechtsparteien. Das vorherrschende Thema ist dieses Jahr der Klimawandel. Die Katastrophe von Fukushima besetzte vor Jahren die Energie-Debatte, diesmal haben auch Schülerinnen und Schüler diesen Diskurs mit ihren Freitagsdemonstrationen mitten in die Gemüter geführt. «Nicht alle Parteien und längst nicht alle Abstimmenden sind vom Klimawandel beziehungsweise vom durch Menschen verursachten Klimawandel überzeugt. Davon könnte die SVP, die beinahe als einzige Partei diese Position vertritt, durchaus profitieren», sagt Milic. Es gebe noch andere Diskurse, die vor den Wahlen und sicher auch nachher dominierend sind. «Zu den wichtigen Themen des erneuerten Parlaments in der nächsten Legislatur

werden ausser dem Klimawandel und der Migration auch die AHV und natürlich unser Verhältnis zu Europa gehören.» Ereignisse im Ausland, so wiederum Lutz, «zeigen natürlich einen gewissen Einfluss auf die Wählenden in der Schweiz. Der Konflikt rund um den Brexit beeinflusst jedoch nicht die Meinung der Bürgerinnen und Bürger über das Verhältnis der Schweiz zur EU.» Dennoch: «Verändert haben sich die Informationsmöglichkeiten der Wählenden. Das Internet spielt dabei eine grosse Rolle», ist Thomas Milic überzeugt.

#### **Gesittet und ruhig**

Eine grosse Sorge ist, ob es mehr Frauen als vor vier Jahren schaffen werden, ins Parlament gewählt zu werden, besonders ins «Stöckli». Das liegt nicht nur in der Hand der Abstimmenden, sagt Thomas Milic, der dieses Thema schon anhand von Regierungsratswahlen bearbeitete: «Frauen haben die gleichen Wahlchancen wie Männer. Aber ich habe bei Untersuchungen von Regierungsratswahlen feststellen müssen, dass sich zu wenige Frauen für eine Kandidatur bereit erklären.» Wird das neue Parlament aggressiver als das bisherige werden? Georg Lutz macht sich diesbezüglich keine Sorgen: «Der Stil im Parlament ist trotz einigen lauten Abgeordneten keineswegs aggressiver geworden, auch nicht die Wahlpropaganda. Verglichen mit Auseinandersetzungen in den dreissiger Jahren und den kämpferischen Plakaten von früher geht es heute so gesittet zu wie zu Anfang.»

Gesittet ist das Schlagwort. Verglichen mit dem Tohuwabohu in London in der «Mutter aller Parlamente» leben wir wohl wirklich auf einer Insel der Glückseligen. Vor allem leben wir in einer stabilen Demokratie, erklärt Thomas Milic: «Eine Demokratie ist ein politisches System, in welchem sich das Volk durch Wahlen und Abstimmungen massgeblich an der Gestaltung der Politik beteiligt.» ●

Daniel Jositsch stellt sich für die zweite Legislatur als Ständerat des Kanton Zürich

# Leise, mutig, effizient

GISELA BLAU

Daniel Jositsch werde am 20. Oktober wie 2015 bereits im ersten Wahlgang für seinen Sitz im Ständerat bestätigt. So lautet die Überzeugung vieler Zürcherinnen und Zürcher. Auch sein Kompagnon Ruedi Noser werde wiedergewählt, obwohl es noch fünf andere Kandidaturen gibt, die meisten chancenlos. Jede Partei ausser der BDP hat ein Mitglied fürs «Stöckli» ins Rennen geschickt. Allerdings: Jositsch und Noser gelten als hervorragendes Tandem, das meinen auch die Zürcher Medien. Die Kombination mit einem «rechten Linken» und einem «linken Rechten» gilt, zwar verallgemeinernd, aber gar nicht falsch, als beste Vertretung des dominanten Kantons Zürich, in dem der Unternehmer Noser für die Wirtschaft und der Strafrechtsprofessor Jositsch unter anderem für den Hochschulkanton mit Lehre und Forschung stehen, also nicht zuletzt für zwei wichtige Komponenten des Kantons.



Ständerat Daniel Jositsch plädiert für humane Asylpolitik.

## Einordnungen mit Augenzwinkern

Die beiden Zürcher Ständeräte stehen im Fokus der kleinen Kammer. Sind sie die wichtigsten und herausragendsten Ständeräte? Jositsch kontert mit dem ihm eigenen Humor. Hier gelte der berühmte Satz von Francis Urquhart, einem erfundenen Charakter des Autors Michael Dobbs: «You might very well think that, I cannot possibly comment» – es möge stimmen, aber er könne es nicht kommentieren, zitiert er: «Sicher vertreten Ruedi Noser und ich den stärksten Kanton, aber wir üben uns in Bescheidenheit.»

Daniel Jositsch war vorher acht Jahre lang Nationalrat der Zürcher SP. Aber er war nicht nur deshalb eine bekannte Persönlichkeit. Immer wieder wird er auf TV-Sendern beigezogen, wenn es darum geht, eine juristische politisch komplizierte Angelegenheit zu erklären. Er ist imstande wie kaum ein anderer, einen schnurgeraden Weg aus solchen Sätzen zu finden. Es fällt ihm sichtlich überhaupt nicht schwer, und so schreckt ihn der grosse eigene Einsatz vor der Persönlichkeitswahl in den Ständerat nicht ab. Landauf und landab muss er antreten,

aber «alle vier Jahre zwei Monate lang solche Auftritte zu absolvieren, ist sehr erträglich».

## Von Klimawandel bis Altersvorsorge

Im Ständerat herrscht vor diesen Wahlen ein starker Wechsel, aber die Themen ändern sich nicht stark. Jositsch beschäftigt sich stark mit dem Umgang mit dem Klimawandel, der Altersvorsorge und ganz besonders mit dem Verhältnis der Schweiz zur EU: «Ich hätte den Rahmenvertrag längst unterschrieben.» Seine Partei, die SP, sträubt sich jedoch →



**Wir empfehlen**  
**MICHAEL ZEUGIN**  
zur Wahl in den NATIONALRAT.

«Mit seinem Engagement bei der Gesellschaft Schweiz-Israel Zürich setzt er sich entschlossen für Israel, gegen Antisemitismus und Rassismus in der Schweiz ein. Wir empfehlen ihn 2 x auf jede Liste.»

Rahel und Ran Comfort

FOTO: KEVSTONE



**FDP**  
Die Liberalen

barbara-guenthard.ch

2x  
auf Ihre Liste

«Nur wenn wir sicher sind, uns sicher fühlen, können wir uns frei entfalten.»

BEWEGT BERN:  
BARBARA  
GÜNTHARD-MAIER  
IN DEN  
NATIONALRAT!

Stadträtin Winterthur,  
Departement Sicherheit und Umwelt



**Im Gefrierfach hat es Platz  
für alles. Sogar für einen  
Kühlschrank.**

Das innovative Gefrierfach des CombiCooler V4000 kann mit nur einem Knopfdruck zum normalen Kühlraum umfunktioniert werden. Das ist Schweizer Perfektion für zuhause. [vzug.com](http://vzug.com)



Schweizer Perfektion für zuhause

dagegen, auch wegen der Einhaltung der bisherigen Acht-Tage-Frist für Bewerbungen ausländischer Firmen um Auftragsarbeiten in der Schweiz. Jositsch hält dieses Argument für wenig problematisch, wie auch andere. Zum Beispiel werde um das Unionsbürgerrecht gestritten, das jedoch gar nicht mehr im Abkommen enthalten sei: «Das ist das Resultat von dem, was jetzt Nachbesprechungen heisst, weil die EU ja keine Nachverhandlungen will. Diese Besprechungen laufen gut.» Da Schicksal des Rahmenabkommens liege, so Jositsch, im Moment beim Bundesrat, der im Dezember 2018 beschlossen habe, nichts mehr zu unternehmen ausser Konsultationen, die auch stattfanden. Dort seien Themen definiert worden, die in diesen Nachbesprechungen behandelt würden, die nun im Gange seien. Insgesamt, sagt Jositsch, gebe es diesen Rahmenvertrag oder keinen: «Ich gehe davon aus, dass es ein Resultat geben wird, das vom Bundesrat genehmigt werden kann. Dies dürfte allerdings nicht bis Ende Oktober der Fall sein, wenn die Amtszeit des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zu Ende geht.» Zu befürchten sei, so Ständerat Jositsch, dass es gar kein Resultat geben werde, bevor nächstes Jahr die Volksabstimmung über die Initiative der SVP stattgefunden habe, die bei einer Annahme das Freizügigkeitsabkommen kündigen wolle. Eine Annahme wäre deshalb recht katastrophal, weil damit

## «Mein Vorstoss hatte Erfolg. Das ist nicht bei jedem Vorstoss der Fall.»

auch die bilateralen Verträge kippen würden. Während der Herbstsession gab es bereits im Nationalrat eine Debatte über diese Vorlage. Nicht nur der Strafrechtsprofessor, sondern auch alle akademischen Experten, mit denen *tachles* sprach, fürchten, was den Grossteil der Bevölkerung weniger berührt als die Forschenden und mit ihnen die jungen Akademiker, die Gefahr laufen, aus den europäischen Forschungsprogrammen ausgeschlossen zu werden. Es geht also nicht nur um die Börsenäquivalenz, sondern um die Zukunft des Forschungsstandortes Schweiz.

### Flüchtlingsfragen im Vordergrund

Obwohl die Flüchtlingskrise nicht mehr wie vor vier Jahren im Vordergrund steht, gehört sie für Jositsch weiterhin zu den Prioritäten seiner politischen Arbeit. Dabei geht es ihm

nicht unbedingt nur um die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern um sichere Migrationswege. Migration, sagt er, fange nicht erst im Mittelmeer an. Er plädiert beispielsweise für das Botschaftsasyl, bei dem Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, sich bei einer Schweizer Botschaft melden und dort Asyl beantragen können. Dann wäre eine legale und weniger gefährlichen Einreise sicher.

Für Jositsch gibt es auch Themen, die seine berufliche Tätigkeit angehen, zum Beispiel strebt er eine Strafraahmenharmonisierung an. Seine Amtszeit erledigt er wie auch Ruedi Noser leise, mutig und effizient. Sehr zufrieden ist Jositsch, dass gegenwärtig an der Umsetzung seiner Motion über den Schutz von Minderheiten gearbeitet wird. «Mein Vorstoss hatte Erfolg», sagt er. «Das ist nicht bei jedem Vorstoss der Fall.» ●



**FDP**  
Die Liberalen

**Mit Erfahrung machen.**

**Ruedi Noser.**  
Unser Zürcher Ständerat.

Für den Nationalrat FDP Liste 3 wählen

[www.wir-machen.ch](http://www.wir-machen.ch)



Am 20. Oktober **wieder** in den Nationalrat

**ANGELO BARRILE**

**Gegen Rassismus und Antisemitismus. Gemeinsam.**

*Liste 2*

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

SP

Daniel Jositsch (SP) und Marionna Schlatter (Grüne) in den Ständerat

# Gespräche, keine Tweets



«Alles eine Frage des Klimas», kommentierte der «Tages-Anzeiger» am 2. September die Parteitage von SVP, FDP, Grüne und BDP, die allesamt am gleichen Tag Ende August über die Bühne gingen. Die Berichterstat-  
ter bezogen sich auf

das Thema Nummer eins, zwei, drei und vier der diesjährigen eidgenössischen Wahlen: den Klimawandel.

«Alles eine Frage des Klimas», könnte man allerdings auch ganz anders und nicht weniger treffend interpretieren, nämlich im übertragenen, dem atmosphärischen Sinn. Das Niveau des Wahlkampfes ist mittlerweile tiefer als die ersten Nagra-Bohrungen für die Endlagerung von Atomabfall gesunken, fast ebenso toxisch wie dieser Müll.

Am sichtbarsten momentan vor allem auf dem Ungeziefer-Plakat der SVP. Es erübrigt sich – vor allem auch in dieser Wochenzeitung – darauf einzugehen. Wir alle wissen, welche grauenhaften Assoziationen damit geweckt werden. Man wünschte sich, dass zum Beispiel Anwalt Valentin Landmann als Sohn von Salcia Landmann eine Klage einreichte, um die Vereinbarkeit des Plakats mit dem Antirassismuse-Gesetz zu eruieren. Aber Valentin Landmann ist Nationalratskandidat der SVP, Urheberin dieses Plakats.

## Für Empörung gesorgt

Von der SVP ist man sich mittlerweile inakzeptable Ausrutscher gewohnt – auch personell. Sei es durch den Aargauer Nationalrat Luzi Stamm, der Kokain gekauft hatte mit dem Plan, den Kokainring in der Schweiz zu sprengen, oder einen Koffer mit einer Million falschen Euros ins Bundeshaus trug. Zwar stellt ihn die Partei nun nicht mehr für eine erneute Kandidatur auf. Doch hat er sich eine eigene Liste zusammengestellt zusammen mit Kollegen, weil er mit dem St. Galler Nationalrat Lukas Reimann eine Volksinitiative im Asylbereich zur «Hilfe vor Ort» einreichen will und sich als Nationalrat damit mehr Chan-

cen erhofft. Der einleuchtend anmutende Titel der Initiative hat einen ganz anderen als einen wohltonenden Grund: Luzi Stamm will einfach weniger Ausländer in der Schweiz, ungeachtet der Motive, die sie in unser Land bringen. Ein weiterer SVP-Kandidat aus dem Kanton Aargau, Nationalrat Andreas Glarner, sorgte berechtigterweise für Empörung, weil er die Handynummer einer Lehrerin auf Facebook veröffentlicht hatte. Die Lehrerin hatte Eltern darauf hingewiesen, dass für muslimische Kinder am Tag des Fastenbrechens ein schulfreier Tag ohne Jokertag bezogen werden dürfe. Diese Dispens ist im Zürcher Schulgesetz explizit aufgeführt. Dass jüdische Kinder an Jom Kippur ebenso einen schulfreien Tag einziehen, findet Glarner in Ordnung, da «ganz anders zu werten». Die Sympathien vieler SVP-Politiker gegenüber dem Judentum und gegenüber Israel sind bekannt – was ihre von Fall zu Fall anders gelagerte Menschenverachtung allerdings nicht besser macht.

## Relevante Themen versickern

Andere niveaulose Äusserungen führen wenigstens dazu, dass Kandidierende sich wieder zurückziehen. Beispielsweise das Model Tamy Glauser. Die Lebenspartnerin der Ex-Miss-Schweiz Dominique Rinderknecht hatte behauptet, das Blut von Veganern könne Krebszellen töten, kurz nachdem die Grünen sie als Nationalratskandidatin aufgestellt hatten.

Niveaulos und klimatisch überhitzt sind neben diesen Beispielen die sich jagenden Tweets und Facebook-Einträge. Sie sind aggressiv, inhaltlich unterirdisch und nicht selten diffamierend.

Diese klimatisch bedenklichen Bewegungen haben in der bald zu Ende gehenden Legislatur ihre Spuren hinterlassen: Nicht zufällig werden die letzten vier Jahre im Parlament als verlorene Jahre bezeichnet. In den für die Schweiz relevanten Themen wurde praktisch nichts erreicht: In der Altersvorsorge wurde mit der verworfenen Rentenreform 2020 schon ein Kompromiss abgeschmettert. In der Europapolitik läuft mindestens bis im Frühling 2020 gar nichts, und es wetten nur noch die grössten Optimisten darauf, dass die

EU Hand für eine Nachverhandlung beim Rahmenabkommen bietet. Nicht zuletzt weil die Gewerkschaften sich nicht kompromissbereit zeigten. Zu Krankenkassenprämien schiessen die Initiativen gegen eine weitere Kostenexplosion im Gesundheitswesen zwar wie Pilze aus dem Boden, doch alle diese Initiativen sind wahltaktisch vor dem Wahltag im Oktober eingereicht worden – im Wissen, dass populistisch formulierte Vorstösse die allerkleinste Chance haben, vom Volk angenommen zu werden. Bei der Konzernverantwortungsinitiative, welche bei einer Annahme die zu recht lange hochgehaltene Rechtssicherheit in der Schweiz argen Schaden anrichten würde, kommt nicht einmal ein ernst zu nehmender Gegenvorschlag zustande.

## Alte Garde als Vorbild

Zugegeben, im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn herrschen bei uns fast schon paradiesische Zustände. Die politische Mässigung liegt uns im Blut und wenn wir diese wieder stärker zu Herzen nehmen, könnten wir uns in noch positiverem Sinn von den Entwicklungen in Europa (und erst recht in den USA!) unterscheiden.

Nach dem 20. Oktober wird fast ein Viertel der Parlamentsmitglieder neu sein. 50 stellen sich nicht zur Wiederwahl. Im Ständerat tritt fast die Hälfte der 46 Mitglieder nicht mehr an. Neue Köpfe – erwartet werden vor allem sehr viel mehr weibliche – versprechen zwar frischen Wind. Doch erstens müssen sie sich erst finden, zweitens orientieren und drittens zu Herzen nehmen, was die alte politische Garde bis zum EWR-Nein so gut verstand und beherrschte: Kompromisse zu schmieden. Das bedingt die Bereitschaft, sich auf den anderen einzulassen, keine grossen Töne zu spucken und sich nicht mit Kurzfutter zu begnügen. Gespräche eben und keine Tweets und Facebook-Einträge. Wenn das gelänge, könnte nicht nur bei der «echten» Klimadebatte ein vernünftiges Resultat erzielt werden, sondern eben auch im klimatisch übertragenen Sinn bei anderen die Schweiz treffenden Stürmen.

*Esther Girsberger ist Publizistin und Unternehmerin.*

«Zukunft Schweiz:  
weltoffen, sicher  
und intakt»

2x auf Ihre Liste



**Thomas Kessler,**  
Agronom und  
Projektentwickler

[www.thomas-kessler.ch](http://www.thomas-kessler.ch)

**FDP**  
Die Liberalen  
Basel-Stadt  
125 Jahre!  
Liste 1

Anthony Goldstein (FDP)

# Liberal und religiös

GISELA BLAU

Anthony Goldstein ist ein Neuling in der aktiven Politik. Ein Unbekannter ist er in der FDP gar nicht – er amtiert in der Kreispartei von Zürich 2 als Kassier, weil Finanzen seine Kernkompetenz sind. Er habe sich nicht um eine Kandidatur beworben. Die FDP des Kantons Zürich habe ihn angefragt, berichtet er, er sei interviewt und schliesslich gerne angenommen, allerdings auf Platz 32 der FDP-Liste. Mit Gottes Hilfe, meint das Mitglied der Israelitischen Religionsgesellschaft Zürich, wo er 17 Jahre lang im Vorstand sass und heute noch aktiv ist, also mit Gottes Hilfe könnte er weiter nach vorne rutschen. Vielleicht für einen vorteilhafteren Listenplatz in vier Jahren? Der versierte Finanzfachmann und Wirtschaftsprüfer hat flink ausgerechnet, dass er 10 000 Stimmen brauchen würde. Die hofft er durch Standaktionen – nicht am Schabbat – auf der jüdischen Meile zu finden, vor dem Bahnhof Enge und der Migros Morgental. Goldstein zog 1975 aus dem heimatischen England nach Zürich. Er ist noch immer berufstätig und arbeitet unter anderem als Schlichter beim Mieterverband. Dieser empfiehlt ihn deshalb auch zur Wahl. Goldstein setzt sich für faire Mieten ein und würde dies auch im Nationalrat tun. Er sei ein



untypischer FDPler, sagt er nicht zuletzt deshalb. Er ist zudem 70 Jahre jung, also eigentlich ein Senior, aber er fühlt sich keineswegs als Senior, ist fit und aktiv. Er findet, dass es viel zu wenig ältere Abgeordnete im Parlament habe und dass ältere Leute angesichts der demografischen Entwicklung eine Vertretung brauchen. Er würde sich innerhalb

der Fraktion für die Kernanliegen der FDP einsetzen und dafür arbeiten. Die Goldstein haben vier Kinder. Und 26 Enkelkinder. Diese wohnen teilweise in Zürich und teilweise in Manchester. Würde der Opa gewählt und vereidigt, würde die Familie einen schönen Teil der Zuschauertribüne ausfüllen. ● [anthonygoldstein.ch](http://anthonygoldstein.ch)

jetzt!  
in den Ständerat

Denkt und handelt sozial  
**Patricia von Falkenstein**

Judith Bellaiche (GLP)

# Wirtschaft und Ökologie

GISELA BLAU

Judith Bellaiche ist seit Jahren eine erfahrene Exekutiv- und Legislativpolitikerin. Als Gemeinderätin (Exekutive) in Kilchberg am Zürichsee verantwortete sie die anspruchsvollen Ressorts Hochbau und Planung, Liegenschaften und Umwelt. Seit acht Jahren sitzt Judith Bellaiche als Vizefraktionspräsidentin der GLP im Zürcher Kantonsrat und wurde bereits zweimal wiedergewählt. Bellaiche ist verheiratet und Mutter von zwei halbwüchsigen Söhnen. Das Interesse an der Politik scheint der Nachwuchs geerbt zu haben. Mit der Kandidatur für den Nationalrat hatte sie bisher weniger Glück. Aber diesmal verspricht sich die GLP einen erneuten Höhenflug und mit ihr die Kandidatin Judith Bellaiche auf Patz 5 der Liste. Bellaiche beschäftigt sich nicht nur mit der Umwelt, obwohl Anliegen wie der Klimawandel zu ihrem politischen Profil und dem von ihrer Partei gehören. Sie ist überdies sattelfest in Wirtschaftsfragen. Gleich nach dem Studium ging die Juristin in die Wirtschaft, wurde Bankerin, arbeitete eine Zeitlang in London. Ausser für liberale Wirtschaftsbedingungen und die Umwelt engagiert sich Judith Bellaiche für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie führt einen intensiven Wahlkampf, den sie teilweise auch



finanziell bestreiten muss. Regelmässig ist sie mit ihrem Flugblatt auf Strassen und Plätzen sowie sehr aktiv auf allen Social Media anzutreffen. Ihre jüdische Sensibilität bekam eine neue Dimension mit dem Thema Flüchtlinge: «Die Haltung vieler Leute gegenüber diesen bedauernswerten Menschen ist schroff und grausam», sagt Bellaiche. Auch auf Twitter werde das Thema meist negativ behandelt. «Die Diskussion um Flüchtlinge muss cou-

ragiert geführt werden», ist die Kandidatin überzeugt. «Das grosse Schweigen wird beherrscht von einer aggressiven Minderheit. Das ist nicht akzeptabel.» Für den Nationalrat hätte Judith Bellaiche fest umrissene Wünsche für ihren Einsatz, sollte sie gewählt werden: Nachhaltigkeit, Digitalisierung und einiges mehr, das einen wirtschaftlichen Kontext hat. ●

[www.judithbellaiche.ch](http://www.judithbellaiche.ch)

Die gute Wahl am  
20. Oktober 2019

**Nik Gugger**  
für eine integrative Politik nach Bern

**Liste 8**

**In den Nationalrat / Ständerat**

**Tanja Soland**  
in die Regierung

SP

**Laura Huonker**  
2 x auf Ihre Liste

**Laura Huonker, Regisseurin und Zürcher Kantonsrätin**  
Liste 25, Listenverbindung AL, SP und Grüne

Franz Hohler, Autor; Etrit Hasler, SP-Kantonsrat, Slam poet, Vizepräsident Autor\*Innen der Schweiz; Wanda Wylowa, Schauspielerin; Daniel Fueter, Musiker; Simone Keller, Musikerin; Samuel Schwarz, Kulturmanager, Produzent; Claudia Flüttsch, Co-Leitung Interkulturelles Maxim Theater Zürich; Volker Hesse, Theaterregisseur, Deutscher, in der Schweiz lebend; Stefanie Gubser, Künstlerin, Co-Leiterin Zürich tanzt, Vorstandsmitglied Pro Kultur Kanton Zürich; Mark Divo, Künstler; Esther Kempf, Künstlerin; Moritz Müllenbach, Musiker; Katrin Sauter, Theaterschaffende; Stefan Wyss, Konzertveranstalter; Annette Carle, Filmemacherin; Marta Piras, Theaterschaffende

**laura-huonker.ch**  
20.10.2019: **AL-Liste 25**  
für den **Nationalrat!**

**AL** Unruhe  
bewahren. [al-zh.ch](http://al-zh.ch)

Präsident Pascal Pernet und Ehrenpräsident Ronald Bernheim zur Frage, wie sich die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus im Hinblick auf die Parlamentswahlen positioniert

# Es braucht diese Art von Watchdog

INTERVIEW YVES KUGELMANN

**tachles: Wie beurteilen Sie die Arbeit des jetzigen Parlaments bezüglich Themen wie Rassismus- oder Antisemitismusbekämpfung, Aufklärung, Integration von Minderheiten oder die Respektierung der Rassismusstrafnorm?**

Pascal Pernet: Grundsätzlich positiv. Die Arbeit der Vergangenheit wurde weitergeführt; gerade im Hinblick auf die Rassismus-Strafnorm wurde im politischen Prozess ja versucht, den Geltungsbereich zu erweitern, und Bestrebungen, Einschränkungen zu erreichen, konnten abgewehrt werden. Der Artikel StGB 261bis ist insofern sehr speziell, als er im Gegensatz zu allen anderen Gesetzen auch 20 Jahre nach seinem Zustandekommen noch immer ein Diskussionsthema ist. Er wird auch heute noch teils subtil, teils sehr massiv angegriffen.

**Wie das?**

Ronald Bernheim: Es kommt immer wieder der Maulkorb-Vorwurf auf, der, wie auch die Gerichtspraxis in den letzten 20 Jahren gezeigt hat, überhaupt nicht gerechtfertigt ist. Zumindest Teile der SVP halten dieses Gesetz für eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Das ist nachweislich nicht so, ausser bei Aussagen, die das Volk gemäss der damaligen Abstimmung nicht dulden will. Auch andere Gesetze wie zum Beispiel Verleumdung lassen menschenverletzende Aussagen nicht zu.

**Haben Sie und Ihre Partner den Sinn des Gesetzes denn genügend kommuniziert?**

Ronald Bernheim: Man muss unterscheiden zwischen dem, wie dieses Gesetz von gewissen Leuten empfunden und von ihnen instrumentalisiert wird, und dem, was Fakt ist. Und Fakt ist, dass es sehr streng für wirklich massive Fälle angewendet wird – was wir seitens der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) sehr begrüssen. Die Instrumentalisierung erhält wohl die wiederkehrenden Abschaffungsbemühungen am Leben.

Pascal Pernet: Die GRA erzielte ja einen grossen Erfolg mit dem letztjährigen Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg, wonach wir Aussagen und Werturteile in unsere Chronologie rassistischer Vorfälle aufnehmen dürfen, auch wenn diese gemäss Artikel 261bis strafrechtlich nicht relevant sind. Der GRA wurde weiter ein Presse-ähnlicher Status als «Watchdog» zugesprochen, was für unsere Aufklärungsarbeit extrem wichtig ist.

**Aber weshalb muss man 20 Jahre nach der Abstimmung immer noch erklären, weshalb dieses Gesetz nötig ist?**

Ronald Bernheim: Das Gesetz schützt insbesondere Minderheiten in der Gesellschaft, die grosse Mehrheit spürt die rassistischen Angriffe und deren Auswirkungen nicht unmittelbar. Für eine gesunde, friedliche Gesellschaft ist aber gerade der Umgang der Mehrheit mit der

Minderheit essentiell. So braucht es kontinuierlich Publikationen und Stellungnahmen über die Rassismusstrafnorm, ein zentrales Arbeitsgebiet der GRA.

**Nochmals: Weshalb schaffen Sie es nicht, dass alle diese Notwendigkeit verstehen und akzeptieren?**

Pascal Pernet: Es geht da ja lediglich um eine Minderheit, die gegen das Gesetz poltert, aber um eine laute.

Ronald Bernheim: Aufgrund des Abdriftens einiger europäischer Länder inklusive politischer Führung Richtung Rechtsextremismus wächst bei uns das Verständnis, dass die Rassismusstrafnorm mitgeholfen hat, diese erschreckende Entwicklung zumindest bis jetzt weitgehend von der Schweiz fernzuhalten.

**Blicken wir auf die kommende Legislaturperiode nach den diesjährigen Parlamentswahlen: Viele neue Namen werden auftauchen und Ihre Arbeit oftmals wieder vorne beginnen.**

Pascal Pernet: Die Hintergrundarbeit geschieht beispielsweise mit der parlamentarischen Gruppe gegen Rassismus, die ja in neuer Zusammensetzung weiter existieren wird. Dort wird der Schutz und die Anwendung der Rassismusstrafnorm sicher wieder ein wichtiges Thema sein. Die GRA leistet dabei zusammen mit Parlamentariern im Rahmen des Möglichen konkrete Unterstützung.

## Diversity in der Finanzbranche

**Kümmern sich die Finanzinstitute um Diversity?**

Ja. Die Förderung der Diversität im Personalbereich hat in den vergangenen Jahren bei den Finanzinstituten stark an Bedeutung gewonnen. Die meisten Arbeitgeber haben in ihren HR-Grundsätzen die Chancengleichheit unter den Mitarbeitenden, gleich welchen Geschlechtes, gleich welcher Nationalität, gleich welcher Religion, gleich welcher sexueller Orientierung und gleich welchen Alters oder welcher körperlicher Beeinträchtigungen, festgeschrieben. Gerade die Banken können diesbezüglich eine vorbildliche Umsetzung ausweisen. Die ZKB und die Credit Suisse haben im März 2019 mit fünf weiteren Unternehmungen als erste das Swiss LGBTI-Label erhalten.

**Was heisst vorbildliche Umsetzung?**

Vorbildlich ist zum Beispiel ein Unternehmen, welches auf die praktische Ausübung des individuellen Glaubens Rücksicht nimmt, und etwa Arbeitspläne auf jüdische Feiertage abstimmt. Oder wenn es eine Kultur der Offenheit gegenüber allen Lebensformen wie etwa gleichgeschlechtlicher Partnerschaften lebt und in ihrer Corporate Identity integriert hat.

**Was bringt Diversity einem Unternehmen?**

Internationale Studien zeigen, dass eine geförderte Diversität die Attraktivität eines Arbeitgebers steigert, die Mitarbeitenden längerfristig bindet, und deren Leistungen effizienter, produktiver und innovativer ausfallen.



**Hans-Peter Portmann, Präsidiumsmitglied Zürcher Bankenverband, Nationalrat FDP** ist neben seinem Engagement für den Finanzplatz Schweiz auch in wirtschaftlichen sowie gemeinnützigen Institutionen tätig. Er kandidiert auf der Liste der FDP zur **Wiederwahl in den Nationalrat**.

**National- und Ständeratswahlen 2019**  
Am 20. Oktober wird gewählt!

Für den Finanz- und Wirtschaftspräsidenten Zürich ist es von entscheidender Bedeutung, dass in Regierung und Parlament Politikerinnen und Politiker arbeiten, die sich für optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen und einen attraktiven Standort einsetzen.

**Wahlempfehlung für den Nationalrat**  
Der Zürcher Bankenverband empfiehlt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Mitgliedsbanken und Partnerverbänden, die im Nationalrat Zürich für den Nationalrat kandidieren.  
[www.zuercher-bankenverband.ch/nrw-2019/](http://www.zuercher-bankenverband.ch/nrw-2019/)

ZÜRCHER  
BANKENVERBAND



**Pascal Pernet und Ronald Bernheim.**

**Gilt dies auch für SVP-Parlamentarier oder Vertreter anderer Parteien ausser der SP, die das Gesetz von Anfang an unterstützt hat?**

Pascal Pernet: Es gibt seitens der Parlamentarier eine breite Unterstützung, die man letztlich nicht nur der Parteizugehörigkeit zuschreiben kann. Und die Skeptiker sind auch nicht nur von der SVP.

**Wie hoch schätzen Sie die Möglichkeit ein, dass die Strafnorm in der nächsten Legislatur wieder zur Abschaffung freigegeben werden könnte?**

Pascal Pernet: Solche Vorstösse kommen zwar regelmässig, sind aber bislang in den Wahlkampagnen kein Thema.

**Die aktuelle SVP-Kampagne hat die Diskussion der Grenzziehungen im politischen Diskurs wieder neu entfacht.**

Pascal Pernet: Absolut und das aktuelle Wahlplakat der SVP ist ein gutes Beispiel dafür. Die Verunglimpfung als «Ungeziefer» für Menschen mit anderer Meinung ist entweder ein bewusster Bezug auf das, was in der Vergangenheit schon mal existent war, zum Beispiel die Bezeichnung von Juden und anderen als Ungeziefer – das wäre dann schlimm. Oder es ist einfach naiv, und dann wäre es dumm. Die GRA hat sich im aktuellen Wahlkampf bereits einige Male in die-

sem Zusammenhang dezidiert geäussert – beispielsweise auch bei den Statements von Oskar Freysinger in der Westschweiz.

Ronald Bernheim: Jedenfalls sind mit den Würmern klar Menschen gemeint, und das alleine ist schon eine Katastrophe und widerlich. Ich glaube, dass ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung es auch so empfindet.

**Das Prinzip solcher Plakate wird ja immer weitergetragen, zuerst die schwarzen Schafe, dann die Messerstecher, nun die Würmer.**

Ronald Bernheim: Ja, und es wird immer subtiler, das Messer wirkte aggressiver als Würmer. In gewissen Kreisen funktioniert die bildliche Darstellung gemäss Annahme der Parteiverantwortlichen offenbar. Eine gute Wirtschaftsverfassung schützt vor einer allzugrossen politischen Kraft solcher Propaganda, doch wird ein Nährboden gelegt, der etwa bei steigender Arbeitslosigkeit Ängsten in der Bevölkerung Antrieb verleihen kann. Geschürte und effektive Ängste, die dann bekanntlich rasch die furchtbaren Brandstifter- und Brunnenvergifter-Mechanismen losretten und politisch ausgenützt werden können.

**Doch anscheinend wirken fremdenfeindliche Kampagnen immer. Also hilft das Gesetz nur für extreme Fälle.**

Ronald Bernheim: Es soll ja bewusst nur schlimme Vorfälle verhindern helfen oder bestrafen. Nach 20 Jahren Anwendung des Gesetzes kann man ja einwandfrei nachweisen, dass das, was ihm im Voraus und immer noch von den Gegnern unterstellt wurde, nicht eingetroffen ist.

Pascal Pernet: Und es ist nicht immer alles schwarz oder weiss – denn alle Beteiligten versuchen auch, die Grenzen des Zulässigen auszuloten. Ich erinnere zum Beispiel daran: Nach jener unsäglichen Aussage eines Grünen Nationalrats, der Tiertransporte mit Judentransporten verglich, war es gemäss Protokoll ein St. Galler SVP-Nationalrat, der als Erster protestierte. Es gilt also, sowohl bei der Parteizugehörigkeit als auch bei der Unterscheidung zwischen Stadt und Land, die Grauschattierungen zu beachten.

**Kann man einzelne Übeltäter einer Partei wirklich gleichsetzen mit einem fremdenfeindlichen Parteiprogramm?**

Ronald Bernheim: Menschliche Wertevorstellungen innerhalb der Gesellschaft sind als solche meiner Meinung nach in der Schweiz bisher nicht grundsätzlich einem starken Wandel unterworfen. Hingegen ändert sich auch in diesem Bereich, wie die Kommunikation und Beeinflussung insbesondere bei der jungen Generation durch die Digitalisierung und die sozialen Medien funktioniert und wirkt. Aber wir alle können mithelfen, eine ruhige, friedliche und erfolgreiche Schweiz zu haben, und dieses durch gute Werte geschaffene Grundgefühl der inneren Ruhe braucht es, um als Individuum, im Familien- und Freundeskreis, am Arbeitsplatz und Engagement in der Gesellschaft mit Freude und wenig Ängsten zu bestehen. Ich glaube, dass eine Sehnsucht und ein Streben nach solchen Grundwerten des menschlichen Zusammenseins vorhanden ist. Dies ist jedoch nicht selbstverständlich, →

*„Wir wählen **Judith Bellaiche** in den Nationalrat, weil sie unsere Stimme als wirtschaftsliberale, jüdische Politikerin im Parlament vertreten wird.“*

**Tamara und André Golliez, Yaël Bellaiche, Elie Shavit, Alain Gut, Samuel Dubno**

**LISTE 4**



**grünliberale**  
www.judithbellaiche.ch

2x auf jede Liste!

**JUDITH BELLAICHE**

denn ohne Erkennen und Wille zu respektvollem Zusammenleben ist sozialer Friede auch in der Schweiz nicht garantiert.

Pascal Pernet: Es stimmt, die Internetforen und Chats sind der heutige Stammtisch. Deshalb haben wir in letzter Zeit sehr stark auf das Thema «Hassrede im Netz» fokussiert. Diese Woche versenden wir beispielsweise wieder 2500 Merkblätter mit einem Leitfaden für Opfer an viele Schulen.

#### **Wie erreichen Sie ansonsten die junge Generation mit Ihren Themen?**

Pascal Pernet: Wir glauben, dass die Jungen sich heute zwar stark für konkrete Themen einsetzen, aber weniger für Parteien. Anfang September haben wir erstmals einen Anlass für die neu gegründete GRA Next Generation durchgeführt. Wir möchten in diesem Rahmen neue Leute an unsere Themen heranführen. Das stiess auf grosses Interesse speziell bei jungen Leuten im Alter von 25 bis 35, die sich engagieren wollen. Erfreulicherweise wird auch unsere GRA-Homepage immer häufiger frequentiert und unsere digitalen Lehrmittel erfreuen sich ebenfalls einer grossen Nachfrage. Zudem haben wir noch nie so viele Anfragen von Schulklassen zur inhaltlichen und finanziellen Unterstützung von Studienreisen nach Auschwitz erhalten.

#### **Die GRA wird meist als jüdische Organisation wahrgenommen, aber ihr Thema ist ja gar nicht ausschliesslich jüdisch. Wie können Sie sich diesbezüglich breiter verankern?**

Ronald Bernheim: Der Ursprung sind Sigi Feigel und treue Freunde, die in der einen oder anderen Weise stark vom Holocaust betroffen waren oder sogenannte «Second generation»-Kinder wie ich, die bereits in den 1970er-Jahren gegen Ausgrenzung von Minderheiten jeglicher Art, nicht nur Juden, eingetreten sind. Wir haben langfristige Programme, die sehr in die Breite gehen und Grundwerte wie Zivilcourage, Engagement etc. vermitteln. Es gibt deshalb sehr selten Aktivitäten der GRA, die primär für den Schutz der jüdischen Bevölkerung angelegt sind. Ich nenne es die «Sigi-Feigel-Doktrin»: Wenn Menschenrechte in einer Bevölkerung gepflegt und geachtet werden durch die Aktivitäten der GRA und gleichgesinnter Organisationen (Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz, Stiftung Erziehung etc.), die allen Menschen sozialen und rechtlichen Frieden bringen sollen, dann ist auch die jüdische Minderheit besser geschützt. Es ist wegen der historischen Erfahrung so, dass Juden, auch wenn sie

alteingesessen in einer Gesellschaft sind, einen feinen Gefahrenradar haben und oft früher als Menschen der Mehrheitsgesellschaft aktiv gegen Ausgrenzungstendenzen innerhalb der Bevölkerung warnen und aktiv werden.

Pascal Pernet: Und wir sind eine religiös neutrale Organisation, auch wenn sie immer noch und vor allem von jüdischen Menschen getragen wird. Wir haben aber inzwischen auch nicht jüdische Mitglieder und setzen uns gemeinsam für die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus ein. Gerade etwa zum Thema «Hassrede im Netz» und Alltagsrassismus kann man unseren Status als unabhängiges Kompetenzzentrum erkennen.

#### **Wie sehen Ihre konkreten Pläne auf dem politischen Parkett für die nächsten vier Jahre aus?**

Pascal Pernet: Wir werden sicher damit fortfahren, den Artikel 261bis zu schützen. Und hinter einem potentiellen neuen Gesetz zur Hassrede im Internet wollen wir als eine der treibenden Kräfte stehen, wie damals bei der Vorbereitung und Abstimmung zum Rassismustrafartikel. Zudem stehen wir mit Politikerinnen und Politikern in Kontakt, um aktuelle Erscheinungsformen politisch umgehend aufgreifen zu können. Als Beispiel sei hier das Verbot von extremistischen Symbolen genannt, für welches sich die GRA im Parlament erneut stark macht.

#### **Wie können Sie diese Themen ins Parlament einbringen?**

Pascal Pernet: Das Interesse der Parlamentarier daran ist enorm. Die Frage ist, was der richtige gesetzliche Ansatz ist. Ich glaube, dass beispielsweise eine Übernahme der deutschen Regelung nicht der richtige Ansatz für die Schweiz wäre.

#### **Steht zu befürchten, dass der in europäischen Ländern stärker vorhandene Populismus in die Schweiz überschwappt?**

Pascal Pernet: Ich glaube, dass sich die Schweiz von anderen Ländern insofern positiv unterscheidet, als es im Prinzip keine Oppositionsparteien gibt. Es ist grundlegend, dass bei uns alle Parteien in die Verantwortung eingebunden sind und am Schluss an der Kompromissfindung irgendwie teilnehmen müssen. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass die Schweizer den Anspruch haben, das, was sie haben, nicht zu gefährden.

Ronald Bernheim: In diesem Zusammenhang ist es sicher sehr wichtig, dass die GRA den in den letzten Jahren gesuchten direkten Kon-

takt zur Bevölkerung weiter intensiviert. Dafür sind zum Beispiel die digitale Kommunikation, aber auch Radio und Fernsehen ein gutes Instrument. Am Schluss ist bei uns ja die Bevölkerung massgebend; der Kontakt mit Parlament und Politikern ist zwar wichtig, aber die Überzeugung zugunsten der Menschenrechte und anderer Werte muss in der Gesellschaft verankert sein. Viele Schweizer können die Frage, was Menschenrechte sind, nicht beantworten; sie haben lediglich diffuse Vorstellungen davon, empfinden es grundsätzlich meist wichtig und positiv, wir werden zu diesem grundlegenden Rahmen aber kaum je geschult. Die GRA könnte beispielsweise eine solche Schulung für die Bevölkerung verstärken.

Pascal Pernet: Wir haben mittlerweile zwei, drei Mal pro Monat Auftritte etwa bei Rotary-Clubs oder ähnlichen Anlässen. All diese Themen kommen dabei immer auf, und hier liegt bestimmt eine Tätigkeit, die wir stärker wahrnehmen wollen. Gleichzeitig setzen wir auch stark auf Prävention und Ausbildung durch die Stiftung Erziehung zur Toleranz (SET). Als Beispiel sei das über Jahre hinweg mit dem Marie-Meierhofer-Institut entwickelte Ausbildungsprogramm «Toleranz-Box» für Kinder im Vorschulalter genannt, welches nun auch durch Unterstützung von Sponsoren in einigen Kantonen umgesetzt werden kann.

#### **Was ist in den letzten Jahren die grössere Herausforderung gewesen, Rassismus oder Antisemitismus?**

Pascal Pernet: In den letzten Jahren wurde der Antisemitismus vor allem im Netz immer stärker und darauf haben wir entsprechend reagiert. Beim Rassismus geht es neben digitaler Hate Speech vor allem um den immer stärker werdenden subtilen Alltagsrassismus, der für die Betroffenen besonders verletzend und schmerzlich ist. Alltagsrassismus war denn auch das Hauptthema unserer «Ausländer-Kampagne» 2018.

#### **Ist Ihre Arbeit nicht insofern manchmal frustrierend, dass sie eine Sisyphusarbeit ist?**

Pascal Pernet: Von Simon Wiesenthal stammt der Satz: «Damit das Böse gedeiht, braucht es nur gute Menschen, die nichts unternehmen.» Insofern muss man hier die richtige Erwartungshaltung haben und sich an jedem einzelnen Erfolg freuen. Antisemitismus und Rassismus sind in der Schweiz nicht salonfähig und wenn wir dazu beitragen können, dass es so bleibt, haben wir schon viel erreicht. ●

**Hans-Ueli  
Vogt** wieder in den  
Nationalrat



**2x auf Ihre Liste**



# Wahlempfehlung

Im Kanton Zürich kandidieren Mitglieder der Gesellschaft Schweiz-Israel für einen Sitz in der Bundesversammlung:

**Nationalrat Hans-Ulrich Bigler,**  
(bisher) auf der Liste der FDP

**Nationalrätin Doris Fiala,**  
(bisher) auf der Liste der FDP

**Barbara Franzen,** auf der Liste der FDP

**Nationalrat Alfred Heer,**  
(bisher) auf der Liste der SVP

**Ständerat Daniel Jositsch,** (bisher) SP

**Nationalrat Hans-Peter Portmann,**  
(bisher) auf der Liste der FDP

**Darshan Rubischung,**  
auf der Liste der Jungen SVP

**Ronny Siev,** auf der Liste der GLP

**Eva Virag Jansen,** auf der Liste Grüne,  
Migrantinnen und Second@s

**Nationalrat Claudio Zanetti,**  
(bisher) auf der Liste der SVP

**Michael Zeugin,** auf der Liste der GLP

Sie alle engagieren sich für Israel und kämpfen entschlossen gegen Antisemitismus und Rassismus. Der Vorstand der Sektion Zürich der Gesellschaft Schweiz-Israel empfiehlt diese Persönlichkeiten zur Wahl.



KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN, WELCHE SICH IN DER SCHWEIZ UND ISRAEL FÜR UNS EINSETZEN:

**STÄDERAT:** Prof.Dr.Daniel Jositsch, SP, ZH, bisher  
Lic.iur.Paul Rechsteiner, SP, St.Gallen, Grüninger Stiftung, bisher

**NATIONALRAT:** Doris Fiala, FDP die Liberalen, Zürich, kumulieren, bisher, Israel Gruppe  
Angelo Barrile, SP, Hausarzt, Gesellschaft Minderheiten, kumulieren, bisher  
Isabelle Moret, FDP die Liberalen, Vizepräsidentin Nationalrat, Lausanne, bisher, kumulieren, Israel Gruppe  
Christian Cornuz, SP International, Genf, neu  
Andri Silberstein, FDP die Liberalen, Gemeinderat, Zürich, kumulieren, neu



**Antworten  
für Basel**  
FÜR MEINEN KANTON

Die Schweiz und Israel feiern im September 70 Jahre diplomatische Beziehungen, 26 Jahre sind es her seit der Gründung der Genfer Initiative

# Löst die Schweiz den Nahost-Konflikt?

**PIERRE HEUMANN**

Es klingt wie die Ansage aus einem Märchenbuch. «Wir sind die einzigen, die einen politischen israelisch-palästinensischen Dialog für Friedensoptionen führen», sagt Gadi Baltiansky, Chef der «Genfer Initiative» mit Sitz in Ramat Gan.

Die im Jahre 2003 von der damaligen Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ins Leben gerufene Initiative für die Zwei-Staaten-Lösung hat zwar längst keine Ausstrahlungskraft mehr. Aber der 58-jährige Baltiansky hält die Festung, zusammen mit fünf Mitarbeitern. Wer Israel als jüdischen und demokratischen Staat unterstütze, sagt er, müsse die Zwei-Staaten-Lösung und damit auch die Genfer Initiative befürworten.

## Unterstützung des Friedensprozesses

Calmy-Rey hatte die Unterstützung des Friedensprozesses als eine der Prioritäten ihres Departements bezeichnet. Die Genfer Initiative

helfe, das gegenseitige Vertrauen aufzubauen, sagte sie, und ihr Departement liess sich den Optimismus einiges kosten. Inzwischen hat der Enthusiasmus allerdings nachgelassen. Seit 2013 hat die Schweiz ihre finanzielle Unterstützung für die Initiative der ehemaligen Aussenministerin «kontinuierlich reduziert», wie es im EDA heisst. Im vergangenen Jahr überwies Bern noch 370 000 Franken ans Büro von Baltiansky, was rund 28 Prozent des Budgets entsprach. Im laufenden Jahr ist der Betrag nochmals herabgesetzt worden. Es fliessen bloss 220 000 Franken, womit 15 Prozent des Budgets gedeckt werden. Der Rest stammt aus der EU, aus den Niederlanden, Deutschland und Schweden, zudem private Spenden. Bis 2018 hatten die USA zu den grössten Beitragszahlern gehört. Nun aber hat auch USAID Zahlungen eingestellt.

## Zwei-Staaten-Lösung

Geldknappheit hin oder her: Baltiansky lässt sich dadurch nicht beirren. Er hält an der Zwei-Staaten-Lösung fest. In einer Broschüre

sind die Grundlagen für die friedlichen Koexistenz in zwei separaten Staaten zusammengefasst. In der Genfer Initiative finden sich auf 400 Seiten Antworten auf die brennendsten Probleme – vom Grenzverlauf über die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge und der Siedlungen, von der Jerusalem-Frage bis hin zur Lösung der Sicherheitsprobleme. Dass dieses Modell derzeit lediglich Theorie ist, vermag Baltianskys Optimismus nicht zu trüben. Der bereits vor zehn Jahren publizierte Geneva Accord sei bei offiziellen Verhandlungen immer wieder berücksichtigt worden, sagt Baltiansky. Der Geneva Accord liege auf den Tischen der Nahostspezialisten in Washington und bei den Experten in Ramallah und Jerusalem auf. Baltiansky: «Die Broschüre liefert die Grundlage für die Zwei-Staaten-Lösung.» Und solange diese relevant bleibe, bleibe auch der Geneva Accord eine aktuelle Referenzgrösse.

## Aktives Büro

Unermüdlich setzt er sich für die Akzeptanz des Geneva Accord ein. Sein Büro organisiert



Am 20. Oktober 2019  
wieder in den Nationalrat:  
Zwei bewährte und kompetente  
Vertreter für Zürich.

Alfred Heer Gregor Rutz

2 x auf Liste 1





**Der Palästinenser Yasser Abed Rabbi und der Knessetmitglied Avraham Burg im August 2004 im Schweizer Bergort Eaux.**

Workshops und Seminare mit Israeli und Palästinensern, lädt Journalisten ein oder besucht mit einer israelischen Reporter-Delegation Ramallah. Vom EDA kann er sich kaum noch Unterstützung erhoffen. Baltiansky

tauscht sich ab und zu mit EDA-Mitarbeitern aus. So bestehen zum Beispiel Kontakte zu Mò Bleeker, der Sondergesandten des Aussendepartementes für «Vergangenheitsbewältigung und Prävention von Gräueltaten». Mit ihrer

Expertise helfe sie Israeli und Palästinensern bei der Aufarbeitung der Geschichte, sagt Baltiansky. Sie sollen das Narrativ der Gegenseite nicht nur kennen lernen, sondern es auch anerkennen. «Die Auseinandersetzung mit →

**FDP**  
Die Liberalen

**2x**  
auf Ihre Liste

**Martin Farner**  
ins Bundeshaus  
«Eigentum schützen.»  
Gemeinsam weiterkommen.

**Ruedi Noser**  
in den Ständerat

**LISTE 3**  
20. Oktober 2019

**in den Ständerat**

**NICOLE BARANDUN**

Auch 2x auf Ihre Liste für den Nationalrat

Liste 5 **CVP**

**LISTE 2**

**MARTIN NAEF**  
Offen und ehrlich.  
am 20. Oktober wieder in den Nationalrat

und **Daniel Jositsch** in den Ständerat, zusammen mit **Marionna Schlatter** (Grüne)

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE **SP**

Spenden: Martin Naef wieder in den NR, IBAN: CH64 0900 0000 8566 5527 0

[www.martin-naef.ch](http://www.martin-naef.ch)

der Vergangenheit soll eine bessere Zukunft ermöglichen», meint Baltiansky. In Gesprächen über die Versöhnung liege ein «riesiges Potential» um den Menschen zu zeigen, dass sich der Frieden realisieren lasse.

#### Von Chile nach Jerusalem

Der in Chile geborene Baltiansky, der im Alter von zehn Jahren mit seiner Familie nach Israel auswanderte, nennt als eines der Kernelemente der Blaupause für den Frieden den Gebietsaustausch. Im ursprünglichen Plan war vorgesehen, dass Israel 2,3 Prozent seines Gebietes an die Palästinenser abtritt und im Gegenzug ein gleich grosses Gebiet der Westbank annektiert. Mit diesem Swap sollten die grossen Siedlungen zu Israel geschlagen werden – ein Vorschlag, mit dem der palästinensische Chefunterhändler Saed Erekat einverstanden gewesen sei, sagt Baltiansky. Wegen der in den vergangenen 15 Jahren starken Ausweitung der Siedlungen müsste der Land-Swap heute aber grösser ausfallen. Baltiansky schätzt ihn auf rund vier Prozent. Ziel wäre, dass 80 Prozent der Siedler dort bleiben, wo sie heute sind.

Viel Angedachtes klingt freilich reichlich weltfremd. So sollen laut Geneva Accord der künftige Staat Palästina, Israel sowie die internationale Gemeinschaft zur Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems beitragen. Zudem wären Flüchtlinge für ihre materiellen

## «Heute glaubt nicht einmal Bern an die Genfer Initiative.»

Verluste zu entschädigt. Damit müsste auch ein Ende des Flüchtlingsstatus verbunden sein, was über kurz oder lang zu einem Auslaufen der palästinensischen Flüchtlingshilfe UNRWA führen müsste. Jerusalem soll Hauptstadt beider Staaten sein, und eine internationale Gruppe würde für die Sicherheit in der getrennten Stadt garantieren. Die Verbindung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen wäre mit einer Strassenverbindung in einem Korridor herzustellen. Das Jordantal müsste laut Baltianskys Vorstellungen eine Zone sein, in der die Sicherheitsbedürfnisse Israels berücksichtigt würden. Die von Netanyahu kurz vor den Wahlen ins Auge gefasste Annexion lehnt der Chef der Genfer Initiative hingegen ab. Das würde nicht nur Verhandlungen mit den Palästinensern verunmöglichen, sondern auch von der internationalen

Gemeinschaft kaum akzeptiert – «nicht einmal von US-Präsident Donald Trump». Eine Annexion des Jordantals könnte zu Gewaltausbrüchen führen, meint Baltiansky, und sie würde zudem die von der Genfer Initiative anvisierte Swap-Lösung verunmöglichen. Palästina könnte nämlich als Enklave nicht überleben, ist Baltiansky überzeugt.

Selbst wenn Israel der Genfer Initiative folgen möchte: Viele Palästinenser stehen der Zwei-Staaten-Lösung skeptisch gegenüber. Auch werde sie wohl bald schon die Frage beantworten müssen, wer die Nachfolge ihres 83-jährigen Präsidenten Mahmoud Abbas antreten solle.

Heute glaubt nicht einmal Bern an die Genfer Initiative. Sie hatte einst «zu den Prioritäten ihres Departementes gehört, wie Calmy-Rey im Jahr 2005 im Laufe eines Israel-



**Klare Politik.**

**Eva Herzog**  
für Basel in den Ständerat.

#klareSacheEva evaherzog.ch



BASEL

**Christoph Eymann: Die LDP ist der Israelitischen Gemeinde Basel sehr zugetan.**

Besorgt um die Sicherheit der jüdischen Mitbürger hat die LDP durch ihre Präsidentin Patricia von Falkenstein im Grossen Rat gegen Widerstände anderer Parteien eine Forderung eingebracht, wonach sich der Kanton an den Sicherheitskosten massgebend beteiligen muss. Letztlich ist dieses Vorhaben gelungen. Ob es um Beiträge des Kantons an die Renovation der Synagoge, um Subventionen für das Jüdische Museum oder um Unterstützung für Teilnehmende an der Macabi-Games geht, die LDP ist verlässlicher Partner der IGB.

Patricia von Falkenstein würde sich im Ständerat selbstverständlich auch für die Anliegen der Israelitischen Gemeinden einsetzen, ebenso wie der bisherige Nationalrat Christoph Eymann (bisher), Raoul Furlano, Anna Götenstedt und Heiner Vischer.

**Patricia von Falkenstein für den Ständerat und die Kandidierenden der Liste 3 LDP für den Nationalrat verdienen Ihr Vertrauen!**

**Christoph Eymann**  
wieder in den Nationalrat

**LDP LISTE 3**

Besuchs sagte. Mit der Genfer Initiative wollte sie der Zivilbevölkerung zeigen, dass Frieden möglich sei. Die EDA-Vorsteherin sah ihr Märchenbuch für die Koexistenz damals sogar als dritte Etappe des von den USA entworfenen Friedensplans, der sogenannten Road Map. Welche Rolle die Schweizer Diplomatie dabei hätte spielen sollen, war allerdings unklar. Denn die Genfer Initiative war kein schlagkräftiges politisches Instrument. Die Diplomaten des Aussenministeriums waren in Jerusalem, Washington und Riad, den Zentren der Nahostpolitik, ohne Einfluss. So war Calmy-Rey bei ihrem Besuch in Jerusalem nicht willkommen. Der damalige Premierminister Ariel Sharon fand keine Zeit für ein Treffen mit der Genferin, obwohl er sonst jeden Aussenminister empfing.

### Ernüchterung nach Euphorie

Die Ernüchterung über die einst euphorisch unterstützte Initiative ist auch auf Fehler des EDA zurückzuführen. Es spannte in Jerusalem und in Ramallah mit abgehalfterten Politikern zusammen: Mit Jossi Beilin, dem ehemaligen Justizminister, und mit Jasser Abed-Rabo, dem Chef einer einflusslosen Partei, der sich später mit dem palästinensischen Präsidenten überwarf. Beilin, der bei der Vorbereitung der Osloer Verträge massgeblich beteiligt gewesen war und heute sein eigenes Beratungsbüro namens Beilink hat, ist im Rahmen der Genfer



**Der Leiter der Genfer Initiative Gadi Baltiansky.**

Initiative nur noch als Vorsitzender eines Lenkungs Komitees aktiv. Neulich meldete er sich mit einem Meinungsbeitrag in der «Jerusalem Post» zu Wort. Die Zwei-Staaten-Lösung, meinte er, sei nach wie vor die beste Option, obwohl es auf beiden Seiten eine Mehrheit gebe, die dies nicht mehr für realistisch halte.

Beilin schlägt deshalb eine Konföderation vor, in der zwei souveräne Staaten – Israel und Palästina – vertreten wären. Mit diesem Konstrukt am Horizont, meint Beilin schwärmerisch, könnte man die Diskussion für die Verwirklichung der Zwei-Staaten-Lösung wieder beleben. ●

# Rosmarie Quadranti

wieder in den Nationalrat

Liste 7

Weil ich mich gegen Ungerechtigkeiten wehre, aufkeimenden Rassismus nicht toleriere und ich die Vielfalt der Schweiz als grossen Vorteil sehe.

2 x auf Liste 7. Denn jede Liste und Stimme zählt. Danke.

[www.rosmarie-quadranti.ch](http://www.rosmarie-quadranti.ch)    [rosmarie.quadranti@parl.ch](mailto:rosmarie.quadranti@parl.ch)

FDP

Die Liberalen

Ruedi Noser

wieder in den Ständerat

Beat Walti

wieder in den Nationalrat

[www.wir-machen.ch](http://www.wir-machen.ch)

vpod ssp

«GEGEN RASSISMUS – FÜR TOLERANZ!»

**KATHARINA PRELICZ-HUBER**  
 IN DEN NATIONALRAT

# FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

am 20. Oktober SP-Liste 2  
in den Nationalrat

und **Daniel Jositsch** in den Ständerat  
zusammen mit **Marionna Schlatter** (Grüne)



**Angelo Barrile**, bisher



**Priska Seiler Graf**, bisher



**Jacqueline Badran**, bisher



**Daniel Jositsch**  
wieder in den Ständerat



**Mattea Meyer**, bisher



**Min Li Marti**, bisher



**Fabian Molina**, bisher



**Thomas Hardegger**, bisher



**Céline Widmer**



**Martin Naef**, bisher



**Jean-Daniel Strub**



**Lewin Lempert**



**Michèle Dünki-Bättig**



**Natascha Wey**



**Sabine Sieber**



**Davide Loss**



**Selim Gfeller**



**Marco Denoth**